



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Urteil zum NPD-Verbot: **Die Chance auf einen Weckruf vertan**

Zu dem heutigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts erklärt die Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski:

„Nicht nur, weil die NPD verfassungsfeindliche, rassistische und antisemitische Ziele verfolgt, wie das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes klar betont, sondern auch weil ein Verbot die Unterstützung aus Steuergeldern beendet hätte: Der unter anderem von Bremen vorangetriebene Antrag der Bundesländer auf ein Verbot der NPD war richtig. Selbst wenn die NPD aktuell in keinem Landesparlament mehr vertreten ist, bleiben sie und ihre Anhänger in vielen Gegenden eine reale Gefahr und ein Rückzugsraum für militante Neonazis, die den Schutz des Parteienrechts missbrauchen. Die NPD alleine ist allerdings nicht die Gefahr. Viele ihrer ehemaligen Anhänger haben in der AfD längst ihre neue Heimat gefunden. Die Gefahr für unser für unser Miteinander sind rechte und antidemokratische Strömungen, die die Gesellschaft zu spalten versuchen. Um unsere Grundrechte und unsere Demokratie zu verteidigen, müssen wir einen offenen Diskurs führen, rechte Straftaten konsequent verfolgen und als Zivilgesellschaft entschlossen gegen menschenverachtenden Ideologien eintreten. Ein NPD-Verbot hätte ein Weckruf sein können. Schade, dass diese Chance vertan wurde.“